

Wahlen bescheren auch der CDU ein neues Blatt

MAINZ/WALLMENROTH Michael Wäschenbach ist Ortsbürgermeister, Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter / 26. Mai hat überall Veränderungen gebracht

Wäschenbach leitet in Mainz den Ausschuss „Soziales und Arbeit“. Wie man mit der AfD zurechtkommen will. Dämpfer für Naturschutzbehörde.

goeb ■ Der 26. Mai hielt nicht nur die Zeitungsredaktionen bald drei Tage lang auf Trab, in erster Linie bedeutete dieses Datum der Kommunal- und der Europawahlen selbstverständlich für die Politiker eine „tektonische Bruchkante“. Während die Redakteurinnen und Redakteure die Vorgänge beschreiben, sie rafften und aufbereiten und für den Leser analysieren, geht es für Politiker ums Ganze. Wie schneidet meine Partei ab, werde ich gewählt, wie viele Sitze bekommt die Konkurrenz, mit wem habe ich es demnächst im Gemeinderat zu tun? Diese und andere Fragen treiben Politiker um.

„Ich dachte, dass es nach dem Wahlsonntag mal etwas ruhiger zugeht“, sagt der Christdemokrat Michael Wäschenbach (64) in einem Hintergrundgespräch mit der SZ. „Dachte, jetzt denke ich es nicht mehr“, korrigiert er sich.

Es mag ein wenig blauäugig von ihm gewesen sein, das anzunehmen. Denn Armut an Ämtern kann man dem ehemaligen Verfassungsschützer nicht attestieren. Die Wallmenrother wollen ihn seit dem Jahr 2004 andauernd als Ortsbürgermeister, im September 2018 hob ihn die Kreis-CDU als Vorsitzenden aufs Schild, außerdem beerbte er im Januar 2012 den aus dem rheinland-pfälzischen Landtag ausscheidenden Dr. Josef Rosenbauer und behauptete diese Position bei der Landtagswahl 2016, indem er das Direktmandat holte.

SZ: Herr Wäschenbach, in Wallmenroth haben Sie ja jetzt freie Hand, nachdem die SPD schon gar nicht mehr zur Wahl angetreten ist.

Wäschenbach: Ich habe mir diese Situation aber nicht gewünscht, keiner von uns hat das. Die Auswertung des Ergebnisses hat ergeben, dass 22 Stimmzettel abgegeben worden sind, wo noch Namen per Hand druntergeschrieben waren. 37 Namen, unter anderem SPD-Leute. Wir hatten auch 46 ungültige Zettel, wo nichts ausgefüllt war oder wo die Namen aus der CDU durchgestrichen waren. Das zeigt



Dass im Krankenhaus Kirchen die Lichter anbleiben, wünschen sich alle. Foto: thor



Im Wahlkreisbüro von Michael Wäschenbach an der Wilhelmstraße in Betzdorf laufen viele Fäden zusammen. Er bestimmt die Politik in seinem Heimatort ebenso mit wie im Kreistag und im Parlament in Mainz. Foto: goeb

mir, dass manche SPD gewählt hätten. Auch diese Bürger möchten wir erreichen.

SZ: Sie könnten wie ein König durchziehen...

Wäschenbach: Dem würde ich entgegenhalten, dass der Gemeinderat das Dorf abbildet, nicht die CDU. Es sind ja auch nicht alle neuen Ratsmitglieder in der Partei, im Gegenteil, wir hatten immer auch Bürger ohne Parteibuch in der Fraktion. Diesmal ist es sogar knapp eine kleine Mehrheit.

Dass es im Rat keine politische Debatte mehr gibt, glaubt er nicht. Schon beim ersten Treffen nach der Wahl sei lebhaft diskutiert worden über die Frage zum Beispiel, welche Probleme zuerst angegangen werden, ob man Ausschüsse bilden soll oder lieber nicht und alles in der Fraktion bespricht. Oder die Frage nach dem bzw. den Beigeordneten. Ergebnis: Es gibt Fachausschüsse und es soll zwei Beigeordnete geben, davon einen bzw. eine von außerhalb der CDU. 16 Leute sind im Rat, aber 24 Kandidaten sind auf der Liste gewesen. Sie sollen laut Wäschenbach in den Ausschüssen zum Zuge kommen.

SZ: Sie sind seit 2004 ununterbrochen Ortsbürgermeister. Treten Sie noch einmal an?

Wäschenbach: Ich möchte in der kommenden Wahlperiode Perspektivkandidaten für meine Nachfolge aufbauen. Das ist ganz wichtig. Es gibt schon viele Gemeinden ohne entsprechende Kandidaten. Und zum Thema „Durchregieren“: Wir haben in der letzten Sitzung vor der Wahl unseren Haushaltsplanentwurf bei der Kreisverwaltung eingereicht. Der wird wohl nicht genehmigt werden. Allerdings erwarte ich von der Aufsicht dann auch andere Empfehlungen als Steuern rauf.

Am 13. August will der neue Wallmenrother Gemeinderat an den Start gehen. Wäschenbach ist froh, dass es auch gelun-

gen sei, ein paar neue Leute, vor allem einige jüngere, für die Ratsarbeit zu motivieren.

Zwei „Etagen“ höher, im Kreistag, hat sich die CDU ebenfalls sortiert. Es ist sozusagen ein „Multi-Kulti-Kreistag“ mit sieben Parteien geworden, so vielen wie nie zuvor. Im Vorfeld seien untereinander einige Gespräche gelaufen zum Zwecke der Verständigung. Am 30. August wird Michael Lieber als Landrat verabschiedet und Nachfolger Dr. Peter Enders ins Amt eingeführt. Am 2. September ist bereits die erste Arbeitssitzung. Die neue Kreistagszusammensetzung als auch die Einführung des neuen Landrats dürften zu politischer Akzentverschiebung führen.

SZ: Auf welche Modalitäten haben sich die Parteien denn verständigt?

Wäschenbach: Natürlich ist die Beigeordnetenfrage und der jeweilige Aufgabenzuschnitt zunächst geklärt worden. Das wird ein Ehrenamt bleiben. Auch haben sich ja die Kräfteverhältnisse verschoben. Die FWG hat fair eingeräumt, dass sie nach der Wahl keinen Beigeordnetenposten mehr beanspruchen kann. Die Grünen fragten nach Geschäftsbereichen, die wir als CDU gerne behalten wollen. Wir haben alles in vernünftigen Gesprächen gelöst.

SZ: Bleibt es denn bei den Ausschüssen und wenn ja, wer geht wo rein?

Wäschenbach: Ja, die Kreisverwaltung hatte vorgeschlagen, den Sport- und Kulturausschuss abzuschaffen, weil der nur einmal im Jahr tagt. Der bleibt aber. Ansonsten gibt es beliebte und weniger beliebte Ausschüsse.

SZ: Zum Beispiel?

Wäschenbach: In den Kreisausschuss wollen natürlich alle. Die Besetzung anderer Ausschüsse ist eher zäh. Wir wollen den Ausschüssen aber insgesamt mehr Souveränität geben.

SZ: Erstmals ist auch die AfD im Wilhelm-Boden-Saal vertreten. Die werden oft als „politische Schmutzdelinquenten“ angesehen. Wie wollen Sie es halten?

Wäschenbach: Da kann man viel vom Bund lernen, wie man es nicht machen sollte. Konsens ist, dass wir uns nicht auf irgendwelche Geschäftsordnungstricks verlegen. Es ist ein demokratisches Wahlergebnis, das ist zu akzeptieren und wir müssen uns mit ihnen politisch auseinandersetzen.

SZ: In die Ausschüsse kommen leicht Personen, die man unter Umständen nicht kennt. Ist blockweise Abstimmung da angeht?

Wäschenbach: Das ist die Marschrichtung, in Beton gegossen ist es nicht. Im Vorfeld haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, dass über die Ausschüsse en bloc abgestimmt wird. Dazu sollen alle Frak-

tionen Listen vorlegen. Vor dem 2. September wollen wir die Listen sehen, auch die von der AfD. Die gucke ich mir natürlich genau an.

SZ: Schälen sich bereits neue Schwerpunkte oder Veränderungen heraus?

Wäschenbach: Wir wollen, dass gewerbliche Bauanträge schneller bearbeitet werden; die Firmen warten zu lange auf grünes Licht bei Vorhaben. Und ein Zweites: Untere Naturschutzbehörde und Wirtschaftsförderung müssen enger zusammenarbeiten.

SZ: Klingt danach, als müsse eher die Naturschutzbehörde klein beigeben...

Wäschenbach: Ich bin nicht gegen die berechtigten Interessen des Natur- und Umweltschutzes. Klar ist aber auch, dass die Naturschutzbehörde bei Wirtschaftsvorhaben zu hohe Auflagen stellt, höher als beispielsweise die im Westerwaldkreis. Auch in Bezug auf die Landwirtschaft. Da sind die geforderten Ausgleichsmaßnahmen oft überzogen.

SZ: Seit Dezember hat der Kreis sein ÖPNV-Angebot ausgeweitet. Wider Erwarten soll das Ergebnis gar nicht so mager sein.

Wäschenbach: Das stimmt, die Fahrgastzahlen ziehen deutlich an. Es muss aber rasch eine Evaluation und Anpassung geben, denn einige Busse fahren auch leer. Es gibt viele Ideen, wie man es noch attraktiver machen kann. Vorstellbar wären Familientickets oder Jahrestickets für bestimmte Berufsgruppen.

Als Kreisvorsitzender der CDU hat Wäschenbach neue, „teamorientierte Formate“ eingeführt, wie er sagt, die schnellere Entscheidungen herbeiführen können und dabei von mehr Schultern getragen werden. Beispiele: Telefonkonferenz der Kreisvorstands und der Fraktionsspitze sowie WhatsApp-Gruppen.

Die zurückliegenden Wahlen – obwohl keine Landtagswahlen – haben auch die CDU-Fraktion in Mainz stark verändert. Fünf Leute scheiden aus. Die stellv. Fraktionsvorsitzende Christine Schneider und Ralf Seekatz wechseln ins EU-Parlament, Kollege Enders wird Landrat, Reinhard Oelbermann ist verstorben und Adolf Kessel wird neuer Oberbürgermeister von Worms. Ihn beerbt MdL Wäschenbach als Arbeitskreisvorsitzender „Soziales und Arbeit“. Zwar bleibt er im Gesundheitsausschuss (bisher war er Sprecher für Pflege und Energie), der neue Ausschuss bedeutet aber größere Verantwortung, meint er.

SZ: Sie sind im Landtag kein Novize mehr. Bedauern Sie, dass Sie Ihr Gebiet Energie abgeben müssen?

Wäschenbach: Ein bisschen schon, denn das habe ich immer gern gemacht. In meinem Wahlkreis bleibe ich an diesen Themen dran. Mein Vorschlag an die Fraktion ist, dass sie dafür einen jüngeren nehmen, der den Brückenschlag zur Jugend macht. Es stimmt schon, wenn man länger dabei ist, hat man größere Wahlfreiheit. In meinem neuen Aufgabenfeld kam mir zupass, dass ich Erfahrung in der Behindertenpolitik habe. Mir steht in Mainz nun auch ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Seite. Andreas Goebel

Wäschenbach: Wird Giebelwald geöffnet?

Kleine Anfrage: Bauvorhaben für Windkraft in Oberschelden könnte „Vorbelastung“ darstellen

goeb Mainz/Altenkirchen. Im Giebelwald sollen auf nordrhein-westfälischer Seite in Oberschelden zwei Windräder aufgestellt werden (die SZ berichtete). Im Zuge dessen hat der CDU-Landtagsabgeordnete Michael Wäschenbach jetzt eine sog. „Kleine Anfrage“ im rheinland-pfälzischen Landtag gestellt, wie er auf Nachfrage bestätigte.

Seiner Meinung nach wäre beim Bau der Anlagen der Giebelwald, „der nach Auffassung vieler Menschen hier in der Region und nach Auffassung vieler Naturschützer frei von industriellen Windenergieanlagen bleiben sollte“, dann vorbelastet. „Vorbelastung“ könne unter Umständen bedeuten, dass bislang unangetastete Gebiete leichter für die Windkraft zu erschließen seien. Die Frage sei hier, ob das auch über Landesgrenzen hinweg gelte.

In der Anfrage will der Abgeordnete deshalb geklärt wissen, welche baurechtlichen und genehmigungsrelevanten Tatbestände Windräder auf Seiten von NRW auf mögliche Standorte auf dem Giebelwald in Rheinland-Pfalz hätten. „Rein ökologisch kennt der Wald die Grenze natürlich nicht, die Frage ist aber, wie es juristisch bzw. planungsrechtlich damit aussieht.“

Für Wäschenbach ebenfalls relevant: „Welche Auswirkungen haben die geplanten drei Windräder auf dem Kuhlenberg in



In der Region bildet der Giebelwald ein vergleichsweise großes, noch unzerschnittenes Waldgebiet. Der Windkraft-Vorstoß von Oberschelden beunruhigt manche Bürger und Naturschützer jenseits der Landesgrenze. Foto: goeb

Freudenberg (NRW) auf den Giebelwald in Rheinland-Pfalz?“ Und schließlich: „Gibt es vergleichbare Fälle in Rheinland-

Pfalz, bei denen sogenannte vorbelastete Waldbereiche zu weiteren Konzentrationsflächen geführt haben?“

Partner fürs Kirchner Krankenhaus

„Die Situation ist ernst, sehr ernst sogar“, sagt Michael Wäschenbach, als es um das Thema DRK-Krankenhaus Kirchen geht. Schon sehr früh seien schlechte Nachrichten zu ihm durchgedrungen, berichtet er. „Allerdings muss man sich immer reiflich überlegen, ob und wann man mit so etwas an die Öffentlichkeit geht.“ Zunächst habe er einen „Brandbrief“ an den Präsidenten des DRK-Landesverbands Rheinland-Pfalz, Rainer Kaul, abgeschickt, in dem er von besorgniserregenden Umständen in dem Akutkrankenhaus berichtet habe. Er habe darin auch „personelle Konsequenzen“ gefordert „und eine ehrliche Aussage von DRK, wie es weitergehen soll“. Anfang März 2019 seien dann DRK-seitig alle Zahlen offengelegt worden. Die Zahlen hätten einen schleichenden Prozess offenbart. Bis

2015 wahrte man wohl noch die „schwarze Null“. Schon 2016 standen 600 000 Euro Verlust in den Büchern, ein Jahr darauf waren es schon 950 000 Euro, im Jahr 2018 seien 1,4 Mill. Euro Verlust gemacht worden. Nach einer ersten Bettenreduktion seien von den 305 im Jahr 2018 noch betriebenen Betten maximal nur 219 belegt. Im Jahresmittel seien die Zahlen noch ernüchternder gewesen: 190 Betten waren im Durchschnitt belegt. Die Soll-Belegung liege bei 297. Wäschenbach verdeutlicht, dass er eine Anbindung des Hauses an eine der Siegener Kliniken nicht schlecht findet. „Denn dahin gehen die Verkehrsströme.“ Geht es nach seinen Vorstellungen, würde es in Kirchen eine Konzentration der Geburtshilfe geben sowie die Aufrechterhaltung der Akutversorgung. Die müsse sein.